



Tanz ums goldene Kalb

Am Ende des Jahrtausends steckt die Gesellschaft in einer tiefen ethischen Krise. Der Konsens darüber, was gut und was böse ist, schwindet, in der Politik spielt das Gemeinwohl kaum eine Rolle, in der Wirtschaft dominiert der Eigennutz. Sind die Deutschen ein Volk ohne Moral?

Der Auftritt war beeindruckend: Rot vor Zorn wies Altkanzler Helmut Kohl im Bundestag den Vorwurf zurück, er habe zu seiner Zeit als CDU-Vorsitzender etwas außerhalb der Legalität mit Spendengeldern und schwarzen Kassen hantiert. Kurz darauf musste die CDU einräumen, Kohl sei nicht ganz bei der Wahrheit geblieben.

In Hannover gab zur selben Zeit Ministerpräsident Gerhard Glogowski wegen allzu ungenierter Vermischung von Privatem und Dienstlichem seinen Rücktritt bekannt – und beteuerte mit Tremolo, er sei sich keiner Schuld bewusst.

Der bibliophile Bundesverkehrsminister Reinhard Klimmt, just zu diesem Zeitpunkt ins Gerede geraten, weil er sich von einem alten Freund für mehr als 30 000 Mark antiquarische Bücher und wertvolle Skulp-

turen hatte schenken lassen, dementierte kategorisch, irgendetwas sei dabei nicht korrekt gewesen, und sah keinerlei Grund, über seinen Rücktritt auch nur nachzudenken.

Ein paar Tage zuvor hatten deutsche Bankiers die Sanierung der Baufirma Holzmänn an 450 Millionen Mark scheitern lassen, unbekümmert ob der Tatsache, dass sie damit über 60 000 Arbeitnehmer um Brot und Lohn bringen sowie hunderte kleiner Zulieferfirmen in den Ruin treiben würden. Erst der Kanzler rettete die Lage – auf Kosten der Steuerzahler.

Eine deutsche Woche im Herbst 1999. So unterschiedlich die Fälle auch sein mögen, gemeinsam ist ihnen zweierlei: Es geht um Geld und Moral – und alle Akteure sind so weiß wie die Unschuld vom Lande.

Ihnen, allen voran Helmut Kohl, fehlt das Unrechtsbewusstsein, dass ihr Umgang mit Geld und Macht fundamentalen moralischen Regeln zuwiderläuft.

Doch nicht nur ihnen. Die derzeit herrschende politische und ökonomische Klasse leidet an einem gefährlichen Syndrom: Zum Ende des Jahrtausends sind, so scheint es, ausgerechnet denen, die die Gesellschaft anführen, die ethischen Maßstäbe ihres Handelns abhanden gekommen, ist das Bewusstsein geschwunden, dass demokratische Gesetze für alle gelten, dass Macht, politische wie wirtschaftliche, auch mit Verantwortung und nicht nur mit Selbstverwirklichung oder Profit zu tun hat.

„Moral im modernen Sprachgebrauch“, definiert der aktuelle Große Brockhaus, „ist die Sammelbezeichnung für die als

„Der Tanz um das goldene Kalb“, Ölgemälde von Nicolas Poussin (um 1635)



Love-Parade in Berlin

FOTOS: AP



Flüchtlinge in Tschetschenien

REUTERS



Todeskämpfer in Amerika

ANG



Börse in Chicago

verbindlich akzeptierten ethisch-sittlichen Normen des Handelns und der Werturteile, der Tugenden und Ideale einer bestimmten Gesellschaft.“

Doch gibt es in unserer Gesellschaft überhaupt noch einen Konsens darüber, was gut, was böse ist? Wer heute das Wort Moral auch nur in den Mund nimmt, läuft Gefahr, als Spießbürger oder Spaßverderber, als „politisch korrekt“ oder als Ewiggestriger verspottet zu werden.

Ausgerechnet das „Kursbuch“, ehemals politisch-moralischer Wegweiser unter den deutschen Vordenker-Magazinen, fordert in seiner Juni-Ausgabe: „Schluss mit der Moral“. Dass es heutzutage schon ausreicht, eine Erwägung als „moralisch“ zu kennzeichnen, um sie zu diffamieren, dass „moralisch“ automatisch als „moralisie-



Bettler in Aachen

Welt ohne Werte

Orientierungslos ins neue Jahrtausend

G. PETERSEN / JOKER

rend“ zu denunzieren ist, zeigt sich symptomatisch an dem Aufsatz der Politikwissenschaftlerin Antonia Grunenberg über „Moral und Politik“ im „Kursbuch“. Da wird fast ausschließlich von „moralisieren“, von „moralischem Rigorismus“ und gar allerliebste von „Hypermoralisierung“ und „Hypermoral“ gesprochen.

Das Gründungsverständnis dieser Republik, die sich nach Ansicht des Philosophen Jürgen Habermas immer auch durch die Reflexion auf den Nationalsozialismus und Auschwitz zivilisiert und liberalisiert hat, wird hier in Frage gestellt. Die Lehre der Nachkriegsgeneration, Politik müsse von moralischen Werten geleitet sein, ist bei Grunenberg im besten Fall ein psychologisch verständlicher Fehlschluss, im schlimmsten Fall der Beginn totalitärer Politik.

Auch der gesellschaftliche Konsens über die Bundesrepublik als Sozialstaat, der am Gemeinwohl der Mitglieder orientiert ist, wird brüchig. Selbst Sozialdemokraten schieben den Begriff der sozialen Gerechtigkeit wie eine heiße Kartoffel vor sich her, obgleich sich doch darin eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahre verbirgt: das Aufrechterhalten einer Solidargemeinschaft, die ihre innere kulturelle und soziale Vielfalt aushält, ohne zu zerbrechen. Doch der moralische Kitt, der die Gemeinschaft solidarisch zusammenhält, beginnt zu bröckeln.

Eigentlich ist es immer dieselbe Geschichte, und sie ist uralte. Als Mose vom Berg Sinai hinabstieg, wo er 40 Tage mit Gott zugebracht hatte, stieß er auf eine Horde betrunkenen Israeliten, die um ein goldenes Kalb tanzten. Kaum war ihr Anführer fort, hatten die Juden sich von dem Gott, dem sie die Befreiung aus der ägyptischen Knechtschaft verdankten, abgewandt, aus dem Schmuck ihrer Frauen das Kalb gegossen und es zu ihrem neuen Gott ausgerufen.

Als Mose das Treiben seiner Landsleute sah, zerbrach er voll Zorn die beiden steinernen Tafeln, in die der Gott Jahwe eben erst eigenhändig die ehernen

Gebote menschlicher Moral eingeritzt hatte. „Dann nahm er das Kalb, das sie gemacht hatten, verbrannte es und zerrieb es zu Staub.“ Und brachte sein Volk wieder auf den rechten Weg.

Das war vor über 3000 Jahren. Die biblische Erzählung vom Tanz um das goldene Kalb musste durch die Zeiten immer wieder als Synonym herhalten für die moralvergessene menschliche Gemeinschaft.

Auf den vom wütenden Mose zerdeperten Tafeln standen die unverrückbaren Regeln für den Umgang der Menschen miteinander: Du sollst Vater und Mutter ehren;

Du sollst nicht töten, nicht Unzucht treiben, nicht stehlen, nicht lügen, nicht begehren Deines nächsten Frau oder sein Hab und Gut.

Jahrtausende haben sich die Menschen – jenseits aller Religionen und Konfessionen, Gläubige wie Ungläubige – darauf verständigt, dass dieser Benimmkodex gilt. Und in allen Religionen ist die dazu passende goldene Regel überliefert, die Jesus in der Bergpredigt so formuliert hat: „Alles, was ihr wollt, dass euch die Leute tun, das sollt auch ihr ihnen tun.“

Immanuel Kant, der Moralphilosoph der Aufklärung, hat diesen auf den Glauben an einen gerechten Gott gegründeten Satz in die rein aus der Vernunft des Menschen abgeleitete ethische Norm übersetzt: „Handle so, dass die Maxime Deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könnte.“

Natürlich wimmelt die Historie von permanenten Verstößen gegen die Zehn Gebote des Mose und den Kantischen Kategorischen Imperativ; in Wahrheit ist die Menschheitsgeschichte sogar vor allem eine Geschichte des Versagens vor diesem ethischen Anspruch. Aber einigermaßen klar war stets, dass die Menschen die ehren Gebote zumindest im Prinzip anerkannten, auch wenn sie ihnen nicht entsprachen.

Das hat sich – in den westlich zivilisierten Industriegesellschaften zumindest – gründlich geändert. Am Ausgang des zweiten Jahrtausends wissen „viele Menschen nicht mehr“, sagt der katholische Theo-

loge Hans Küng, „nach welchen Grundoptionen sie die täglichen kleinen oder großen Entscheidungen ihres Lebens treffen sollen, welchen Präferenzen sie folgen, welche Prioritäten sie setzen, welche Leitbilder sie wählen sollen“.

Nun besteht eine der Errungenschaften der Moderne darin, die Politik von den Fragen des guten Lebens, der Religion und kulturellen Überzeugungen zu entkoppeln und auf die Fragen des gerechten Zusammenlebens zu konzentrieren. Nur so können nach Ansicht des amerikanischen Demokratietheoretikers John Rawls moderne pluralistische Gesellschaften zu einem übergreifenden Konsens verbunden werden.

„Betrachten Sie eine dieser Institutionen als Vorbild?“

Emnid-Umfrage für den SPIEGEL unter 14- bis 25-Jährigen; rund 500 Befragte; 3. bis 11. Dezember; Angaben in Prozent

Mehrfachnennungen möglich	männlich	weiblich
Greenpeace	26	44
Amnesty International	16	25
Gewerkschaften	11	10
Kirchen	5	8
Parteien	2	2
keine davon	55	40

DER SPIEGEL

Aber die Frage bleibt, wie die Bürger gerecht leben sollen, wenn nicht selbst gewählte Politiker, sondern unkontrollierter Kapitalismus sie regiert. Der Westen, warnte Küng schon Anfang der neunziger Jahre, „steht vor einem Sinn-, Werte- und Normenvakuum, das nicht nur ein Problem von Individuen, sondern ein Politikum von allerhöchstem Rang ist“.

Am greifbarsten ist die Entwicklung zu einer Wert-losen Gesellschaft in der Wirtschaft. In diesem Bereich ist der Konsens, dass der Mensch, seine Würde und sein Wohlergehen das Maß aller Dinge sein sollten, am nachhaltigsten geschwunden.

Noch vor ein paar Jahrzehnten war das anders. „Gewinn ist gut, aber nicht alles“, lautete die Devise des Chefs der Deutschen Bank, Hermann Josef Abs. Zwar brauche jedes Unternehmen Profit, um zu atmen. Aber Abs wusste noch: „Wie der Mensch nicht lebt, um zu atmen, so betreibt er auch nicht seine wirtschaftliche Tätigkeit, nur um Gewinn zu machen.“

Auch den Unternehmer-Zeitgenossen des rheinischen Bankiers war geläufig, dass ihre Pflicht nicht nur darin bestand, möglichst viel für sich und die Aktionäre zu verdienen, sondern auch darin, dem Gemeinwohl zu „dienen“, wie es Hans Merkle, Chef der Firma Bosch und eine Legende des deutschen Wirtschaftswunders, ausdrückte. Die Bosse von damals sorgten sich nicht nur darum, dass es ihnen gut ging, sondern auch ihren Arbeitern und Angestellten. Aus diesem Konsens erwuchs nach 1945 der „Wohlstand für alle“.



Demonstration von Holzmann-Mitarbeitern: „Gewinn ist gut, aber nicht alles“

In dieser heilen Welt spielte das goldene Wirtschaftskalb der neunziger Jahre, die Aktie, nur eine bescheidene Rolle. „Ich habe keine Zeit, mir den ganzen Tag zu überlegen, wie ich den Börsenwert der Aktie sexier mache“, beschied der damalige Daimler-Benz-Chef Edzard Reuter auf einer Tagung in New York seine Zuhörer.

Seine Nachfolger überlegen heute kaum noch etwas anderes. Geradezu pervers muten die sich inzwischen stereotyp wiederholenden Meldungen über die turbokapitalistische Wechselwirkung von Kapital und Arbeit an. Je mehr Mitarbeiter ein Unternehmen „freisetzt“, um sich zu „verschlanken“, wie es im Wörterbuch der ökonomischen Amoral heißt, desto besser für den Börsenkurs der Firma, will heißen: für ein paar Hände voll Großaktionäre, allen voran die Banken – und für die Einkünfte der verantwortlichen Manager.

Was die Sache nicht einfacher macht: Zu den Großaktionären zählen indirekt auch manche, deren Arbeitsplatz durch das Geschäftsgedebaren der Bosse gefährdet ist. Denn Großaktionäre sind häufig auch jene Pensionsfonds, die das Geld des kleinen Mannes bündeln.

Wie moderne Unternehmensführer denken, hat der Vorstandsvorsitzende des Bayer-Konzerns Manfred Schneider 1997 in einem SPIEGEL-Gespräch mitgeteilt. „Es gibt keine Parallelität zwischen Arbeitsplatzverlust und Börsenboom“, beteuerte Schneider auf den Vorhalt, seit 1992 seien 20 Prozent der inländischen Arbeitsplätze bei Bayer verschwunden, der Börsenwert des Konzerns zugleich aber um 200 Prozent, von 18 auf 53 Milliarden Mark, gestiegen.

Im selben Atemzug verkündete der Manager, dass Bayer die Personalkosten 1997 von 35 auf 30 Prozent des Umsatzes drücken wolle, damit „die Anleger sehen, dass der Vorstand konsequent handelt“.

Und auf die Frage an Schneider, der für das abgelaufene Geschäftsjahr in dem Gespräch ein neues Gewinn-Rekordergebnis ankündigte, ob er sich für die Schaffung neuer Arbeitsplätze nicht zuständig fühle, antwortete der Bayer-Chef: „Was Sie da von mir erwarten, ist unrealistisch. Unter den hier in Deutschland herrschenden Umständen kann ich das nicht leisten.“ Allenfalls sei er in der Lage, die bestehenden Arbeitsplätze in seinem Unternehmen zu sichern.

Wer mehr wolle, müsse „eine Menge Tabus brechen“. O-Ton Schneider: „Zum Beispiel muss man die Frage ernsthaft stel-



Reinhard Klimmt



Gerhard Glogowski



Helmut Kohl

Affärenbelastete Politiker: Hybris Einzelner oder gängiges politisches Kalkül?

len, ob wir nicht den sozialen Standard spürbar reduzieren sollten. Warum reichen nicht 25 Urlaubstage statt der bisherigen 30 Urlaubstage?... Warum kann das Arbeitslosengeld nicht abgesenkt werden? Wir würden unsere Situation in Deutschland auch dann deutlich verbessern, wenn diejenigen, die Arbeit haben, zum Verzicht auf einen Teil der freiwilligen sozialen Leistungen der Unternehmen bereit wären.“

Von einer Senkung des Profit-Standards der Manager und Aktionäre ist keine Rede. Die Frage kontert Schneider vielmehr mit der lapidaren Zielvorgabe: „Schauen Sie sich doch mal die Renditen der Amerikaner an oder die von Hoffmann-La Roche. Die verdienen bis zu 20 Prozent, und zwar nach Steuern. Davon sind wir noch ein ganzes Stück entfernt.“ Aber das ist das Ziel.

Was Schneider von der Verantwortung des Unternehmers für das Gemeinwohl hält, daran lässt er keinen Zweifel aufkommen. Den Hinweis, dass die Kirchen die zunehmende soziale Kälte in Deutschland anprangern, wischt er mit dem schlichten Bekenntnis weg: „Die Kirche ist eine karitative Institution. Wir sind ein Unternehmen, das zuerst die Aufgabe hat, Gewinn zu machen. Man muss diese Realität ganz klar sehen.“

Die Mentalität, die in der ausschließlichen Orientierung der Wirtschaftsmacher

auf die Aktionäre und deren Profit zum Vorschein kommt, nennt Altkanzler Helmut Schmidt, linker Neigungen wahrlich unverdächtig, „amerikanischen Raubtierkapitalismus“, den er längst nicht mehr auf die Vereinigten Staaten begrenzt sieht. „Spekulationismus und Größenwahn“, klagt er, „breiten sich auch unter deutschen Managern aus. Sie fusionieren, kaufen und verkaufen große Unternehmen im Handumdrehen, so als handle es sich um einen Gebrauchtwagen.“

Die Menschen, die mit solchen für sie oft existenziellen Veränderungen verbunden sind, kommen in diesem Horizont allenfalls noch als lästige Anhängsel vor – siehe den Fall Holzmann. Die unsozialen Folgen des allein auf Gewinnmaximierung fixierten Denkens werden auf die Gesellschaft umgewälzt: Sie hat für die Kosten der um des Profits willen erzeugten Arbeitslosigkeit aufzukommen, oder aber mit Steuergeldern die bedrohten Arbeitsplätze zu retten.

Ein anderes, besonders beschämendes Schauspiel ist das Gefeielsche deutscher Firmen um die Entschädigung für Zwangsarbeiter während der Nazi-Zeit. Von den mehr als 2000 Unternehmen, die nach US-Schätzungen von der erpressten Arbeitskraft dieser Menschen profitierten, haben bislang erst rund 70 ihre Bereitschaft erklärt, sich an dem Fonds für die Opfer zu beteiligen. Es fehlen bislang so renom-

Der „Raubtierkapitalismus“ breitet sich unter deutschen Managern aus

mierte Firmen wie Deutsche Bahn AG, Preussag und Zeiss Jena.

Die Globalisierung sei schuld, dass der Mensch eine immer geringere, das Geld eine immer größere Rolle spiele, sagen die Verfechter des Systems, gegen die Globalisierung könne man nichts machen, sie sei so etwas wie ein neues Naturgesetz.

Wer die gegenwärtige Entwicklung als gegeben hinnimmt, räumt aber zugleich ein, dass der Mensch die Kontrolle über seine Welt endgültig abgegeben, dass er sich selbst entmündigt hat.

Die Gegenthese lautet: Wenn die Globalisierung dazu führt, dass immer mehr Menschen zu überflüssigen, weil Kosten verursachenden Faktoren eines auf Gewinn- (und Macht-)Maximierung programmierten Systems werden – dann ist dieses System falsch, da zutiefst inhuman, und muss geändert werden.

Die politische Klasse ist, was die Moral angeht, noch schlechter dran als die „Managerklasse“ (Helmut Schmidt). Sie kann ihr Fehlverhalten nicht auf den angeblich übermächtigen Druck eines globalen ökonomischen Systems abschieben.

Das politische System Bundesrepublik ist in Ordnung – bloß die Politiker sind es nicht. Das System gründet sich auf eine Verfassung, in der die Rechte des Einzelnen wie seine Verpflichtung auf das Gemeinwohl festgeschrieben sind. Seine Existenzberechtigung bezieht der Politiker nur daraus, dass er als Mandatsträger sich um die Bedingungen für das Wohlergehen der Bürger kümmert. Doch dem Begriff Gemeinwohl haftet längst ein ähnlich vorgestrichter Geruch an wie dem Wort Moral.

Korrumpierte, unwahrhaftige, egoistische oder vorrangig Partei- oder Gruppeninteressen verpflichtete Politiker gab es immer. Ebenso solche, die, verführt von der Macht,

geführten Bundesregierung keine Schmälerung ihrer Besitzstände zu fürchten.

Weit schwerer wiegend als die Verquickung persönlicher Vorteile mit dem politischen Amt, wie im Fall Glogowski, ist die Missachtung ethischer Maßstäbe und geltender Gesetze im Fall der CDU-Parteispendenaffäre. Helmut Kohl hat nicht nur die Unwahrheit gesagt, als er tagelang seine Unschuld beteuerte; sein Umgang mit schwarzen Parteikassen und Spendengeldern als Parteivorsitzender macht vielmehr (im Nachhinein) klar, dass sich der Vorsitzende einer staatstragenden Partei an die Spielregeln nicht gebunden fühlte, die er selbst mit erlassen hat, um die Demokratie sauber zu halten.

Hybris nur eines einzelnen Machtmenschen oder gängiges politisches Kalkül? Der Argwohn, Kohls Umgang mit der Wahrheit sei unter seinesgleichen gang und gäbe, ist es, der immer mehr Bürger dazu



Moralapostel Mohammed, Jesus, Konfuzius, Kant: Aushöhlung unserer Standards an Toleranz und Solidarität

Der Präsident des angesehenen World Economic Forums Davos, der Wirtschaftswissenschaftler Klaus Schwab, warnt: „Die globalisierte Ökonomie darf nicht synonym werden mit einer frei randalierenden Marktwirtschaft, einem Zug ohne Bremsen, der Verwüstungen anrichtet.“

Dabei wird gerade die Globalisierung unsere sozialen Kompetenzen in besonderer Weise herausfordern. Durch die Verflüssigung der nationalen Grenzen wird nicht nur Kapital um den Erdball fließen, sondern es werden auch Menschen verschoben. Die Anforderungen, mit Andersdenkenden, Fremden und Ärmeren umzugehen, werden nicht geringer, sondern größer. Für eine Aushöhlung unserer Standards an Toleranz und Solidarität ist das neue Jahrtausend ein denkbar ungünstiger Zeitpunkt.

privates und öffentliches Wohl durcheinander brachten. Doch die Häufung der Skandale verstärkt die Glaubwürdigkeitslücke, die ohnehin ein zentrales Problem unserer Gesellschaft ist.

Was für die Managerklasse das siebte Gebot, „Du sollst nicht stehlen“, auch keine Arbeitsplätze, ist für die Politikerkaste das achte mit seiner lapidaren Forderung: „Du sollst nicht lügen.“ Oder ins Politische übersetzt: Du sollst den Wählern keine falschen Versprechungen machen.

Die Täuschung des Wählers ist nicht einmal mehr ein Kavaliersdelikt, sie gehört zum Handwerkszeug des Politikers – von Helmut Kohls wahlentscheidendem Versprechen „blühender Landschaften“ im Osten anno 1990 bis zu Gerhard Schröders Beteuerung im Wahlkampf 1998, die Rentner hätten von einer sozialdemokratisch

bringt, sich nicht mehr um Politik zu kümmern und den Wahllokale fernzubleiben. Die Meldung, dass der ehemalige CDU-Generalsekretär Peter Hintze, immerhin ausgebildeter Theologe und Pfarrer, Sozialversicherungsbeiträge in Höhe von rund 150 000 Mark umgangen hat, wird da schon als Normalität im Politikersumpf wahrgenommen.

„Das Vertrauen in die politische Klasse ist heute geringer als jemals seit 1949, von ihr geht weder politische noch moralische Führung aus.“ Das bittere Fazit zieht ein 80-Jähriger, der selbst Jahrzehnte ein führender Repräsentant dieser Klasse war – der Sozialdemokrat Helmut Schmidt.

Dabei geht es keineswegs um die Rückkehr zu einer altertümlichen Moral, die den Bürgern oder Politikern vorschreiben will, wie sie Fragen ihres privaten Lebens

„Von der politischen Klasse geht keine moralische Führung aus“



SIPA PRESS

Nato-Angriff auf Pančevo bei Belgrad: Versagen vor dem ethischen Anspruch?

zu handhaben hätten. Die geheuchelte Aufregung über das Sexual- oder Eheleben von Politikern ist hier ebenso wenig Thema wie ihre Konfession, ihre persönlichen Interessen oder partnerschaftliche Treue. Die Politik soll kein Tugendwächter sein und kann es in modernen heterogenen Gesellschaften auch gar nicht.

Vielmehr geht es um den öffentlichen Gebrauch der Vernunft und die transparente Anwendung demokratisch legitimierter Gesetze.

Der wichtigste Prüfstein indes, wie moralfähig die menschliche Gesellschaft (nicht nur die deutsche) des nächsten Jahrhunderts (noch) sein wird, ist in den kommenden Jahren ein ganz anderer: Wie geht diese Gesellschaft mit den Möglichkeiten der Gentechnologie um. Heikel ist das Terrain deshalb, weil für diesen Bereich ethische Maßstäbe, die einerseits die Würde des Individuums wahren, andererseits dem medizinischen Fortschritt nicht im Wege stehen, erst noch entwickelt werden müssen.

„Angesichts des technischen Fortschritts, der es möglich macht, Gene zu verändern, vielleicht sogar einen neuen Menschen zu kreieren, müssen wir eine Ethik entwickeln, die uns bewusst werden lässt, wie groß unsere Verantwortung ist“, forderte der Philosoph Hans Jonas schon in den achtziger Jahren.

Seither hat sich viel getan: Machbar sind inzwischen nicht nur entscheidende Eingriffe in die Erbsubstanz des Menschen, machbar ist nicht nur bereits die Klonung

des Individuums, sondern vermutlich schon bald dessen künstliche Züchtung nach dem Schöpferwillen von Wissenschaftlern – und damit die totale Manipulation des Menschen (SPIEGEL-Titel 39/1999).

Am Ende steht die Horrorvision, die Forscher und Bioethiker seit Jahren ausbrüten: „die Ver- und Entwertung des Menschen als human body shop oder Selektionspotenzial“, so die Fachjournalistin Ursel Fuchs in der „taz“.

Die Tierärztin und Bio-Ethikerin Karin Blumer warnte in der „Welt“: „Angesichts solcher Nachrichten müssen wir uns an den Gedanken gewöhnen, dass in einer Welt ohne globale Ethik und ohne globale

Gesetze der Homo xerox, der durch Klonierung kopierte Mensch, bald unter uns weilen könnte.“

Wer legt fest, wie weit die Wissenschaftler gehen dürfen, wann die Schwelle zum Homunkulus überschritten ist? Kritiker der Entwicklung argwöhnen, dass in verschwiegenen Labors irgendwo auf der Welt Nachfahren des Doktor Frankenstein diese Schwelle längst überschritten haben.

Noch vor wenigen Jahren galt der Eingriff in die Keimbahn, die Manipulation der befruchteten menschlichen Eizelle, als absolutes Tabu, das die Genforscher nie antasten würden. Inzwischen basteln in Amerika Experten daran, Vorgaben genau dafür zu erarbeiten. „Wenn wir bessere Menschen herstellen könnten durch das Hinzufügen von Genen, warum sollten wir das nicht tun?“, rechtfertigt der Nobelpreisträger und Entdecker der DNA-Struktur James Watson den Tabubruch. Und von seinem britischen Kollegen, dem Mediziner Robert Edwards, stammt der furchtbare Satz: „Die Ethik muss sich der Wissenschaft anpassen, nicht umgekehrt.“

Von hier bis zum „Menschenpark“ des Peter Sloterdijk ist es nicht mehr weit. Zwar haben die makabren Thesen des Karlsruher Philosophen über die genetische Züchtung biologisch und intellektuell perfekter Individuen einhellig und heftig Widerspruch gefunden; doch alarmierend genug ist, dass er sie – über 50 Jahre nach dem Euthanasie-Programm der Nazis und den Menschenversuchen der SS in den Konzentrationslagern – vor einem inter-





Greenpeace-Aktivisten: „Horrorvision der Ver- und Entwertung des Menschen“

nationalen Fachpublikum vortragen konnte, ohne dass sofort ein Sturm der Entrüstung unter den Zuhörern losbrach.

Die Staatengemeinschaft steht erst am Anfang der Debatte, internationale Standards gibt es bislang kaum. Zu erwarten steht, dass das Thema schon bald im neuen Jahrhundert die Politik zu ethischen Entscheidungen zwingen wird – angesichts der moralischen Orientierungslosigkeit am Ende des Jahrtausends keine sehr optimistisch stimmende Vorstellung: Die Möglichkeiten der Gentechnik faszinieren nicht nur skrupellose Wissenschaftler, damit lassen sich auch Milliarden verdienen – eine Wachstumsbranche ohne Grenzen?

Mit dem Zerfall der öffentlichen Moral geht – was Wunder – eine tiefe Verunsicherung der Bürger über ihre privaten ethischen Maßstäbe einher. Auch die sind, wie die Medien Tag für Tag kundtun, ganz offenbar aus den Fugen geraten.

In der Industriegesellschaft, konstatiert die „Zeit“-Herausgeberin Marion Gräfin Dönhoff in ihrem Buch „Zivilisiert den Kapitalismus“, habe ein grundlegender Wertewandel stattgefunden: „weg von den überkommenen Werten wie Pflichterfüllung, Verantwortung tragen, Gemeinsinn üben – hin zu einer individualistischen Ori-

entierung auf Eigennutz, Selbstverwirklichung und hedonistischen Materialismus“.

Schaut man sich die jüngsten Zahlen und Statistiken zu Steuerhinterziehung und Versicherungsbetrug in Deutschland an, ist nicht nur Zweifel an der Zahlungsmoral der Deutschen angebracht, sondern, schlimmer noch, an ihrem grundsätzlichen Verständnis eines sozialen Gemeinwesens: Laut der jüngsten Umfrage des Bundes der Steuerzahler kann sich jeder zweite Deutsche grundsätzlich vorstellen, Steuern zu hinterziehen; allein in Sachsen sollten im vergangenen Jahr ertrappte Steuersünder über 410 Millionen Mark an den Fiskus zurückzahlen.

Die deutschen Versicherer sehen die Moral der Deutschen in keinem rosigeren Licht: Jeder vierte Deutsche, so eine Studie der Kölner Gesellschaft für wirtschaftspsychologische Forschung und Beratung Psychonomics, hat seine Versicherung schon einmal betrogen.

Zusammengerechnet machen diese Betrügereien jährlich einen Schaden von rund fünf Milliarden Mark aus. Die Zeitschrift „Kriminalistik“ kürte Versicherungsbetrug zum „Volkssport Nummer eins unter den illegalen Geldbeschaffungstechniken“.

Ob es Delikte wie der fingierte Auffahrunfall sind oder die unversteuerten Zins-

erträge aus Millionenanlagen im Ausland, sie verdeutlichen gleichermaßen den Abbau des Gemeinsinns, auf dem eine Solidargemeinschaft aufgebaut ist und von dem sie zehrt. Die moralische Intuition, die den Sozialstaat zusammenhält, besagt, dass es allen langfristig nutzt, wenn sie kurzfristig auf ihren eigenen Vorteil verzichten. Das gebietet nicht nur die Solidarität mit den schlechter gestellten Mitgliedern der Gesellschaft, sondern auch die Einsicht in die Möglichkeit, selbst einmal zu den Bedürftigeren zu gehören und auf die Unterstützung der anderen angewiesen zu sein.

Die Erosion herkömmlicher Scham- und Moralvorstellungen lässt sich auch an den nachmittäglichen Talkshows ablesen: Von „Mein Freund ist eine Hure“ über „Ich bin nicht der Vater deiner Kinder, lass mich endlich in Ruhe“ bis zu „Arabella, bitte mach mich zu einem sexy Vamp“ wird da nichts ausgelassen. Die Banalität der deutschen Perversionen ist schier unerschöpflich. Die Shows leben von dem Wahn, lieber mit dem eigenen Versagen als mit gar nichts berühmt zu werden, lieber eine bekannte Sau als ein integres Nichts zu sein.

Es ist eine öffentliche Couch, von der Freud nicht mal zu träumen gewagt hätte: Tausende outen und öffnen, blamieren und beschimpfen sich, bettnässen und befummeln sich vor dem Mitmachpublikum im Studio und den Millionen bügelnder Haus-



Philosoph Sloterdijk

„Die Ethik muss sich der Wissenschaft anpassen, nicht umgekehrt“



Talkshow „Arabella“: Lieber eine bekannte Sau als ein integrires Nichts

frauen oder vor sich hin dösender Rentner am Bildschirm zu Hause. Das freiwillige Spießrutenlaufen mit verbalen Schildern wie „Du bist zu fett“ oder „Aus Liebe deckte ich ein Verbrechen“ symbolisiert eine Gesellschaft, die sich an der wiederkehrenden Skandalisierung des Abweichenden aufgeilt. Was Anteilnahme verlangt, erntet bloß gespielte Betroffenheit, was persönliche Tragik war, wird so zum öffentlichen Gespött.

„Die Tyrannei der Intimität“ nennt der amerikanische Soziologe Richard Sennett diese Deformation des öffentlichen Raums, in dem über persönliche Angelegenheiten psychologisiert wird – anstatt über allgemeine Interessen zu debattieren.

Die gestellte moralische Empörung über die angeblichen Freaks und Perversen in den Talkshows ist dabei nichts anderes als

ein lukratives Ritual, das als öffentlicher Beichtstuhl manche „Sünde“ eher produziert als korrigiert. So kann jeder daherplappern, Fehler zugeben oder erfinden, Versagen bedauern oder bejammern – ändern muss sich keiner.

Hier werden nicht nur täglich die Vorstellungen von Scham, gutem Geschmack und Intimität neu erfunden, hier verschieben sich auch die Grenzen zwischen sozialer Wirklichkeit, in der man Verantwortung für das eigene Handeln übernehmen muss, und medialem Sekundärleben, in dem man sich auf der öffentlichen Couch folgenlos schlecht reden darf, solange man nur gesehen wird.

Als Schüler in Bayern jüngst über den Mord an der Lehrerin in Meißen diskutieren sollten, wurden sie gefragt, wie sie auf die Ankündigung des Täters reagiert hätten, er werde die Pädagogin umbringen. Eine 16-jährige Berufsschülerin sagte: „Das nimmt doch keiner ernst. Da denkt man, der macht sich nur wichtig.“ Dass Sätze auch tatsächliche Absichten ausdrücken können und nicht nur erfundene Selbstdarstellungen sind, kommt den Talkshow-imprägnierten Jugendlichen schon gar nicht mehr in den Sinn.

Auf die Frage, warum sie denn nicht eingegriffen hätten, als ihr Mitschüler vor ihren Augen 22-mal auf ihre Lehrerin eingestochen habe, antworteten einige Schüler aus Meißen, sie hätten das Geschehen gar nicht glauben können: „Das war wie ein Film.“

Dabei ist nicht unbedingt das Fern-Sehen des Täters ein gesellschaftliches Problem, sondern auch das Weg-Sehen der

Zeugen. Experimente von Altruismusforschern zu Hilfsbereitschaft und Zivilcourage haben in den letzten Jahren erschreckende Ergebnisse gezeitigt.

Theologiestudenten, die eine Klausur zum Thema des barmherzigen Samariters schreiben sollten, wurden auf dem Weg zum Seminarraum mit einem Mann konfrontiert, der am Boden lag und sich vor Schmerzen krümmte – die meisten gingen vorbei, ohne ihn zu beachten.

An der Berliner Freien Universität stellten Studenten eine Szene in der U-Bahn, bei der eine Frau sexuell belästigt wird: Kaum einer der Mitfahrer griff ein, um der Frau zu Hilfe zu kommen. Die meisten taten, als sei nichts geschehen, und versuchten, die Szene zu ignorieren.

An der Ruhr-Universität Bochum wurde die Hilfsbereitschaft von Menschen untersucht, die Zeugen von Verkehrsunfällen waren: 80 Prozent waren Gaffer, die sich nicht trauten einzugreifen.

Die Experten sind sich einig, dass Menschen bei kleineren Anlässen (jemand verliert einen Handschuh) eher einschreiten als bei Situationen, in denen sie selbst auch etwas riskieren müssten. Je größer die Gruppe ist, die in ihrer Hilfsbereitschaft oder Zivilcourage gefragt ist, desto weniger geschieht. Jeder schiebt jedem die Verantwortung zu, und keiner tut was. „Pluralistische Ignoranz“ nennen die Wissenschaftler elegant, was die Opfer, denen keiner zu Hilfe kommt, auch als „Feigheit“ auffassen könnten.

Kein Wunder, dass in diesen Zeiten ein merkwürdiges Wort demagogische Konjunktur hat: „Gutmensch“ – ein Schimpfwort, mit dem Stimmung gemacht wird. In dem Begriff drückt sich die Verachtung all der wertfreien, neoliberalen Realisten der neuen unbefangenen Berliner Republik aus. Kritische, moralische Einwände werden so immer häufiger als altmodisch, „politisch korrekt“ abgetan.

Unter „Gutmenschen“ fallen Sozialarbeiter ebenso wie Aids-Schleifen-Träger, Rotkreuzmitarbeiter ebenso wie Pastoren. „Gutmenschen“, wettete Guido Westerwelle in seinem 1998 erschienenen Buch „Neuland“, seien die, die anderer Leute Geld ausgeben.

Zur Moral der Deutschen findet sich in einer Allensbach-Umfrage von 1994 eine bemerkenswerte Doppelaussage. Auf die Frage, ob die Zehn Gebote der Bibel in ihrem eigenen Leben eine Rolle spielten, äußerten sich zwischen 55 und 88 Prozent positiv: Du sollst Vater und Mutter ehren (73), nicht töten (88), nicht lügen (67) und nicht stehlen (83). Selbst sexuelle Treue reklamierten noch mehr als 55 Prozent als persönliche sittliche Maxime.

Auf die Frage, „welche der Zehn Gebote gelten heute noch für die meisten Menschen?“, fiel die Prognose weit düsterer aus: Nur 13 Prozent enthalten sich danach der Lüge, und selbst das Tötungsverbot des

„Nehmen Sie sich regelmäßig Zeit für freiwillige, einem gemeinnützigen Zweck dienende Arbeit (Umweltschutz etc.)?“



„Jemand hat sehr gute Schulnoten, will aber nicht studieren oder einen gut bezahlten Job annehmen, sondern als Entwicklungshelfer nach Bangladesch gehen. Können Sie seine Entscheidungen nachvollziehen?“

Angaben in Prozent männlich weiblich

vollkommen	32	45
teilweise	53	42
gar nicht	15	11

An 100 fehlende Prozent: keine Angabe

Dekalogs ist nach Ansicht der Befragten für weniger als die Hälfte der Bürger, 47 Prozent, verbindlich.

Die Botschaft ist klar: Ich bin gut, nur die Anderen sind schlecht – ein grandioser Selbstbetrug. Stimmt die Selbstauskunft, wäre in der Bundesrepublik, zumindest was die private Moral angeht, alles paletti.

Im Osten ist die Moral noch speziell beschädigt durch die Stasi. Das Ost-Berliner Ministerium für Staatssicherheit mit seinem ausgeklügelten Spitzelwesen hat in 40 DDR-Jahren die realsozialistische Gemeinschaft wie ein Maulwurf untergraben. Die massenhafte Anstiftung zur systematischen Denunziation selbst des Ehepartners hat den Sinn für so fundamentale ethische

Werte wie Treue, Verlässlichkeit und Wahrhaftigkeit bei hunderten bis zur Unkenntlichkeit aufgeweicht. „Wir hatten keine Moral“, bekannte eine Lehrerin, ehemals Inoffizielle Mitarbeiterin des Erich Mielke, als sie acht Jahre nach der Wende durch Akten der Gauck-Behörde überführt wurde. Es war eine sachliche Feststellung, kein Reuebekenntnis.

In Ostdeutschland fehlt – weit mehr noch als in Westdeutschland – ein allgemein verbindliches Wertefundament. Das hat das SED-Regime zerstört, als es die Bindung an Religion und bürgerliche Tugenden zu Gunsten einer klassenkämpferischen Parteimoral gekappt hat.

Zugleich unterband die Staatspartei jeden öffentlichen Diskurs, in dem sich die Gesellschaft darüber verständigt, wie sie sich in bestimmten Situationen oder gegenüber bestimmten Problemen verhalten will. Die Norm gab allein die SED vor.

Während der Wende zerbrach der aufgezungene Kodex, ohne dass die Gesellschaft aus ihrer Mitte heraus einen neuen Wertekonsens geschaffen hat. Woher sollte der auch kommen?

Symptomatisch für diesen Mangel an ethischem Bewusstsein sind die Entschuldigungsversuche, die allenthalben für den Rechtsradikalismus im Osten vorgebracht werden. Wann immer eine Horde angegrunkener Glatzköpfe einen Ausländer verletzt hat, wird um Verständnis für den Frust der arbeitslosen Jugend geworben.

Die Verrohung der Sitten scheint derart fortgeschritten, dass Menschlichkeit zu einer Frage des Bruttosozialprodukts verkommen ist – als ob ein Arbeitsloser keine andere Chance hätte, als nachts Fremde, Homosexuelle und Behinderte zu jagen.

Was kann man dagegen tun, dass Tugenden in der Politik keine Rolle mehr spielen, fragte die „Bild“-Zeitung Marion Gräfin Dönhoff anlässlich ihres 90. Geburtstags vor einigen Wochen. „Nichts“, war die lapidare Antwort. „Man kann nur immer wieder die Tugenden anmahnen.“

Tröstend fügte sie hinzu: „Ich glaube, dass irgendwann die Prinzipienlosigkeit wieder umschlagen wird zu einer Suche nach Tugend und Ehrlichkeit. Das ist meine Hoffnung.“

Für diese Hoffnung gibt es Anlässe.

Was immer Gegner oder Befürworter des geplanten Holocaust-Mahnmals bezweckt hatten: Ob es als Schlussstrich unter eine unbequeme Vergangenheit gemeint war, die man damit endgültig zu vergessen gedachte, oder ob es als Symbol für einen ewigen Stachel im Bewusstsein der Nachgeborenen mahnen sollte an die Verbrechen der Vorväter – die Debatte hat ihre ganz eigene Dynamik entwickelt. Ob es aus ebendiesen Gründen gebaut oder aus ebendiesen Motiven verhindert werden sollte – all jene, die das Erinnern als „Moralkeule“ (so der Dichter Martin Walser) diffamieren wollten, haben auch ohne Bau des Mahnmals schon verloren.

Die Debatte um das Holocaust-Monument für sich ist schon ein eindrucksvolles moralisches Zeugnis. In der Auseinandersetzung über Ästhetik und Funktion des Entwurfs, in der öffentlichen Debatte über Ort und Zweck des Denkmals, über Sprache und Inhalt einer Inschrift ist nicht nur über die Darstellbarkeit von Auschwitz geschrieben worden, sondern auch über Auschwitz selbst, über Schuld und Sühne, über das Verhältnis von Tätern zu Opfern, über das Spezifische der nationalsozialistischen Verbrechen.

Die Diskussion um das Mahnmal zeigt, dass es nicht gelingt, moralische Fragen und Überlegungen aus unserer Gesellschaft einfach und für immer zu entsorgen. Dazu bedarf es keiner angeblich hypermoralischen Generation. Die Moral als lästiger Kieselstein im Schuh des Zeitgeistes taucht nicht nur im Gewissen der angeblichen Gutmenschen auf, sondern immer dort, wo gesellschaftliche Probleme derart anwachsen, dass sie durch bloßen Pragmatismus allein gar nicht in den Griff zu bekommen sind.

Das Gleiche gilt für die Kontroverse um den Einsatz deutscher Soldaten im Kosovo. Der Konflikt um den Krieg hat auch verdeutlicht, dass es nicht immer eindeutig ist, welche Handlungen aus einer moralischen Argumentation folgen: Kriegsgegner wie Befürworter berie-

Trauer um ermordete Lehrerin in Meißen: „Das war wie ein Film“



BILD ZEITUNG

fen sich gleichermaßen auf die moralische Verantwortung, die aus der deutschen Geschichte erwächst: „Nie wieder Auschwitz“ und „Nie wieder Krieg“ stellen einen Widerspruch innerhalb eines moralischen Diskurses dar.

Trotz aller Divergenzen aber hat die Debatte über den Krieg eindrucksvoll die Gemeinsamkeiten der Streitenden vorgeführt: die besondere Verantwortung, die aus der Geschichte des Nationalsozialismus rührt, anzuerkennen und Menschenrechte auch und gerade in einer globalisierten Welt zu verteidigen.

Der Kosovo-Krieg, so pervers es klingt, hat dazu beigetragen, das Gespür dafür neu zu beleben, dass Politik sich nicht nur in Machtbalance und wert-neutralem Kosten-Nutzen-Denken erschöpft.

Aufbauend wirkt nicht zuletzt, dass unter den jungen Leuten die Suche nach Sinn und die Bereitschaft wächst, sich nicht nur für das eigene Fortkommen und den eigenen Spaß am Leben zu engagieren. Zwar beschäftigt die Jugendlichen, so ein Mitarbeiter der Shell-Jugendstudie, der Meinungsforscher Arthur Fischer, vor allem das drohende Gespenst der allgegenwärtigen Arbeitslosigkeit. Doch „unsere Untersuchungen“, so Fischer, „zeigen deutlich auf, dass die heutige Jugend durchaus hoch motiviert ist“.

Auf der Suche nach Vorbildern orientiert sich der Nachwuchs nicht unbedingt an den Urteilen der Altvorderen. Zum Welttreffen der Jugend, zu dem das Oberhaupt der katholischen Kirche eingeladen hatte, kamen 1997 in Paris über eine Million Jugendliche aus aller Welt – die mit den Vorstellungen von Johannes Paul II. über Sexualmoral kaum etwas im Sinn haben, wohl aber von einem Glauben fasziniert sind, der trotz allem Menschen über die Grenzen hinweg verbindet und auch heute noch für soziale Gerechtigkeit und die Würde des Individuums steht. Dass es dabei mehr um die universalistische Botschaft als um die rein christliche Lehre geht, zeigt die Verehrung, die auch der Dalai Lama findet, wo immer er im Westen auftritt.



Johannes Paul II. beim Weltjugendtreffen in Paris (1997): Suche nach Vorbildern

„Ihr hattet es gut“, warf die Tochter eines Hamburger Journalisten ihrem Vater, einem Alt-68er, vor, „ihr hattet Ideale, für die ihr kämpfen konntet, wir haben nichts.“ Mit den überkommenen Institutionen verbinden immer weniger Jugendliche für sie wichtige Werte. Bei einer SPIEGEL-Umfrage konnten erschreckende 55 Prozent der männlichen Befragten weder in Greenpeace oder Amnesty International, geschweige denn in Kirchen, Parteien oder Gewerkschaften ein Vorbild sehen. 77 Prozent der befragten männlichen und 73 Prozent der weiblichen jungen Leute zwischen 14 und 25 Jahren erklärten, sie würden sich nicht für gemeinnützige Zwecke einsetzen.

Der Theologe Hans Küng glaubt ohnehin fest an die moralische Zukunft der Menschheit. Er betreibt seit zehn Jahren sein „Projekt Weltethos“.

Unter Weltethos versteht Küng das zum Zusammenleben der Menschen notwendige Minimum an gemeinsamen sittlichen Werten, Idealen und Zielen, auf die sich

die verschiedensten Religionen und Weltanschauungen sowie Nichtgläubige verständigen können. „Ohne einen solchen kleinen minimalen Grundkonsens über Werte, Normen und Haltungen“, so der 71-jährige Präsident der Stiftung „Weltethos“, „ist ein menschenwürdiges Zusammenleben nicht möglich.“

Küng will derlei Normen nicht neu erfinden, er greift vielmehr auf Altbewährtes zurück: auf die Zehn Gebote der Bibel und auf die bereits vom Philosophen Konfuzius im fünften vorchristlichen Jahrhundert bezeugte Goldene Regel – „Was du selbst nicht wünschst, das tue auch nicht anderen Menschen an.“

Was an Kant orientierte Philosophen eine „universalistische Moral“ nennen, also die Überzeugung, Normen auch gegenüber Angehörigen anderer Kulturen mit allgemeinen Gründen rechtfertigen zu können, entwickelt Küng für die Religionen. Sein Credo: Die in diesen Sittenkatalogen formulierten Gebote der Menschlichkeit sind in allen großen Weltreligionen überliefert und

tragen auch heute noch. Die Gesellschaft muss sie nur annehmen und in ihre jeweilige Situation übersetzen.

Für den Theologen ist klar, dass die Weltreligionen zur Durchsetzung eines solchen den Erdball umspannenden Ethos Entscheidendes beitragen können, wenn sie nur wollen. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass Muslime, Juden, Christen, Hindus und Buddhisten sich weniger untereinander befehden als vielmehr die ihnen gemeinsamen moralischen Werte erkennen, vorleben und verkünden.

Friede, Freude, Eierkuchen wird es nach Küngs selbstkritischer Überzeugung auch dann nicht geben – vielleicht aber würde bei der weltweiten Umsetzung der Menschenrechte demnächst größerer Konsens herrschen, und vielleicht könnten so im Zeitalter der Globalisierung die Kräfte über die Länder- und Konfessionsgrenzen hinweg gebündelt werden. Es wäre immerhin ein Anfang.

CAROLIN EMCKE, ULRICH SCHWARZ

„Ihr hattet Ideale, für die ihr kämpfen konntet, wir haben nichts“